

KURZ NOTIERT

von Ariane Grubauer

Die Autorin ist Absolventin des MA-Studiengangs Southeast Asian Studies an der Universität Passau.

■ Entschädigung für die Vertriebenen von Bukit Duri

Insgesamt 18,6 Milliarden Rupiah – umgerechnet etwa 1,2 Millionen Euro – sprach das Bezirksgericht von Zentraljakarta in seinem Urteil vom 25. Oktober 2017 vertriebenen AnwohnerInnen des Viertels Bukit Duri zu. Dies entspricht knapp 13.000 Euro Entschädigung für jede(n) der 93 KlägerInnen. Die Stadtverwaltung unter Jakartas früherem Gouverneur Basuki »Ahok« Tjahaja Purnama hatte die Umsiedlung von BewohnerInnen im Jahr 2016 initiiert, um den Fluss Ciliwung im

Rahmen von Projekten zum Hochwasserschutz begründen zu können. Die nun zugesprochene Entschädigung liegt zwar weit unter den in der Sammelklage geforderten 1,07 Billionen Rupiah, trotzdem sind die AnwohnerInnen laut Anwältin Vera Soemarwi zufrieden mit dem Urteil: »Die BürgerInnen sehen nicht die Höhe der Entschädigung«, wird sie in der Zeitung Kompas zitiert; wichtig sei für sie die Verurteilung der Provinzregierung für das durch die Vertreibung begangene Unrecht.

Jakartas aktueller Gouverneur Anies Baswedan kündigte an, das Urteil nicht anzufechten: »Wir akzeptieren das Urteil und werden keine Berufung einlegen. Wir werden mit den BürgerInnen weiter darüber sprechen. Wir werden die Modalitäten der Kompensation mit den Anwohnern und allen Beteiligten diskutieren – was die Bewohner wollen und was die Regierung bieten kann«.

Antara News, 26.10.2017

Jakarta Post 26.10.2017

Kompas, 26.10.2017

■ Die Philippinen als Vorbild? - Indonesiens Kampf gegen Drogen

Nimmt sich Indonesien die radikale Anti-Drogen-Politik des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte zum Vorbild? – Dies fürchten viele AktivistInnen, nachdem sich indonesische PolitikerInnen in den vergangenen Monaten immer wieder für kompromisslose Härte im Kampf gegen Drogen ausgesprochen hatten. Präsident Joko »Jokowi« Widodo bspw. sagte in Reaktion auf einen Polizeieinsatz gegen vier mutmaßliche taiwanische Drogendealer, bei denen einer der Verdächtigen getötet und eine Tonne Methamphetamin sichergestellt wurde: »Bleibt hart, besonders gegenüber ausländischen Drogenhändlern, die ins Land kommen und

sich einer Verhaftung widersetzen. Schießt auf sie. Zeigt keine Gnade.« Der Leiter der nationalen Polizei, Tito Karnavian, bewertete die Shoot-on-Sight-Politik von Duterte öffentlich als abschreckend und effektiv zur Bekämpfung von Drogenkriminalität. Auch der Chef der Nationalen Anti-Drogenbehörde (*Badan Narkotika Nasional*, BNN), Budi Waseso, kommentierte die Politik Dutertes folgendermaßen: »Sie zeigt, dass er sich um seine Bürger kümmert.«

Derartige Statements und die Tatsache, dass sich die Zahl außergerichtlicher Tötungen im Zusammenhang mit Drogen von 2016 auf 2017 bereits verfünf-

facht hat, wird in der Presse und vor allem auch seitens AktivistInnen mit Besorgnis beobachtet. Usman Hamid, Landesdirektor Indonesien von *Amnesty International*, kritisierte in der *Jakarta Globe* die Rhetorik indonesischer PolitikerInnen, die Beamten zu ungesetzmäßigem Verhalten motivieren könne, und fügte hinzu: »Dutertes Kampf gegen Drogen ist der falsche Weg für ein demokratisches Land. Indonesien muss sich hinsichtlich eines besseren Weges oder Best Practices in anderen Ländern umschauen.«

Jakarta Globe, 23.7.2017

Jakarta Post 22.7.2017, 24.10.2017

■ Polygamie-Dating-App sorgt für Kontroverse

Ayo Poligami – frei übersetzt »Los geht's mit Polygamie« – ist eine kostenlose indonesische Dating-App, die gegenüber einer Vielleihe aufgeschlossene Männer und Frauen zusammenbringen soll. Seit ihrem Start im April 2017 nutzen sie bereits über 56.000 IndonesierInnen. Entwickler Lindu Cipta Pranayama sieht sich nach

eigener Aussage vor allem als Dienstleister für noch unverheiratete Frauen mittleren Alters. Von Frauenrechtsaktivistinnen hingegen wird die App mit dem Hinweis auf die Korrelation zwischen Polygamie und einer Zunahme der häuslichen Gewalt kritisiert. In Indonesien wird Polygamie zwar von einem Großteil der

Bevölkerung abgelehnt, ist jedoch unter bestimmten Umständen und bei Einhaltung bestimmter Auflagen erlaubt, beispielsweise wenn eine unfruchtbare Erstfrau ihr Einverständnis zu einer erneuten Heirat gibt.

Jakarta Post, 3.10.2017

Die Welt, 3.10.2017

Deutsche Welle, 4.10.2017